SPD-Führer — Wegbereiter des Sozialabbaues

Die sächsischen SPD-Führer und ihre Presse konnten sich in den Tagen der Reichstags- und Kommunalwahl nicht stark genug rühmen mit den angeblich sozialen Errungenschaften der Sozialdemokratie unter der Regierung Hermann Müllers und ihrem „Kampf" in den Kommunen für die sozialpolitischen Rechte der Arbeiterklasse. Wir wollen uns heute die Sozialpolitik der sächsischen SPD-Führer etwas näher betrachten.

Das 12. Plenum der Kommunistischen Internationale konnte nach einer gründlichen marxistischen Untersuchung der Weltlage die Feststellung treffen, daß das Ende der relativen kapitalistischen Stabilisierung eingetreten ist. Mit dem Ende der kapitalistischen Stabilisierung ist auch zugleich die Periode der sozialen Reformen, der Zugeständnisse der Kapitalisten an die Arbeiterklasse, mit denen die Bourgeoisie versuchte die Arbeiterklasse zu beruhigen und vom Klassenkampf abzuhalten, zu Ende.

In der Periode der kapitalistischen Stabilisierung und der sozialen Reformen bestand gerade eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie darin, daß sie die Arbeiterklasse vom revolutionären Massenkampf gegen das kapitalistische System abhielt durch den Hinweis auf die sozialen Reformen und Reformchen. Damit versuchte die SPD den Arbeitern vorzutäuschen, als wenn es möglich sei, im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft die Lage der Arbeiterklasse entscheidend zu verbessern.

Die ungeheure Krise, der Verfaulungsprozeß des Kapitalismus gestattet ihm nicht mehr, wie in den Jahren der relativen Stabilisierung, den Arbeitern soziale Zugeständnisse zu machen. Und so zerfällt auch eine der Betrugsmethoden der Sozialdemokratie gegenüber der Arbeiterklasse.

Ungeheuer ist die Not der Millionen Erwerbslosen, deren Hungerunterstützungen mit Hilfe der Sozialdemokratie auf ein Minimum gekürzt wurden oder die keine Unterstützung mehr bekommen. Ungeheuer ist die Not der Betriebsarbeiter, deren Löhne mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie immer tiefer gesunken sind. Heute erfüllt sich das, was Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest" voraussagten:

„So tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, anstatt von ihm ernährt zu werden."

Die SPD bewilligte den reaktionären Schied-Etat!

Nicht nur in den Gemeinden, deren finanzielle Lage in Sachsen katastrophal ist, die kaum noch imstande sind, die Wohlfahrtsunterstützungen auszuzahlen, **bewilligen ausnahmslos alle sozialdemokratischen Fraktionen die Haushaltpläne, sondern auch im Sächsischen Landtag.**

Der sächsische Etat wurde im Jahre 1932 um rund 75 Millionen Mark gekürzt. Diese Kürzung ging fast ohne Ausnahme auf Kosten der sozialen Leistungen.

Die Sozialdemokratie stimmte für diesen Haushalt. **Hier gibt es eine klare Einheitsfront von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten, die in Stadt und Kommune alles tun, um die Herrschaft des kapitalistischen Systems zu sichern und es vor dem Ansturm der revolutionären Arbeiterschaft zu retten.**

Die SPD bewilligte in Sachsen

41 Millionen für die Polizei
47,6 „ für die faschistische Klassenjustiz
5,6 „ für die Kirche.

Sie stimmte gegen die kommunistischen Anträge auf Bewilligung von

3 Millionen für Arbeitsbeschaffung durch Talsperrenbau
3,5 „ mehr für Wohlfahrtsfürsorge usw.

Sie stimmten gegen die Anträge, die die Kommunisten im Interesse der ausgebeuteten Arbeiter einbrachten. **Wohl bewilligte sie 1 Million für den faschistischen Arbeitsdienst. Sie sind aber gegen Arbeitsbeschaffungsanträge der Kommunisten, weil sie bei tariflicher Bezahlung durchgeführt werden sollen.**

So erweist sich die „linke" sächsische Sozialdemokratie als die treueste Stütze der Schied-Regierung und des kapitalistischen Systems überhaupt. Sie führt nicht nur die Hungermaßnahmen der Bourgeoisie durch, sondern sie war es, die durch ihre jahrelange Politik des Arbeiterverrats der Bourgeoisie den Weg zeigte, wie man die Arbeiterklasse noch besser ausplündern kann. Gerade auf dem Gebiet, das die Sozialfaschisten in ihrer demagogischen Agitation als ihre größte Errungenschaft hinstellten, auf dem Gebiete der Sozialfürsorge, zeigt jede einzelne Tatsache, daß die Sozialdemokratie gegen die Interessen der Arbeiter handelt. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterfrau kann das an örtlichen Ereignissen selbst nachprüfen, wenn sie es nicht schon am eigenen Leibe gespürt haben.

Quittung für sozialfaschistischen Arbeiterverrat

gaben ihnen die Arbeiter bei den letzten Wahlen. Hunderttausende sind auch in Sachsen von der Sozialdemokratie zur roten Klassenfront gestoßen. Täglich erkennen neue Massen von Arbeitern und Werktätigen, daß es nur eine Partei gibt, die den Kampf für ihre Tagesinteressen, den Kampf für Lohn und Brot organisiert und führt: Die Kommunistische Partei!

Das müssen wir gerade in Sachsen, wo die „linke" SPD mit radikalen Phrasen die Arbeiterschaft zu täuschen versucht allen sozialdemokratischen Arbeiter klarmachen. Sie von der Richtigkeit unserer Politik und unserer Einschätzung der SPD wirklich überzeugen, das können wir nur, wenn wir die täglichen Kämpfe um die minimalsten Lebensforderungen, um den Lohn und um die Unterstützung organisieren und führen, wenn wir die sozialdemokratischen Arbeiter in diese Kämpfe einbeziehen und ihnen so durch ihre praktischen Kampferfahrungen beweisen, daß die Arbeiterklasse nur unter Führung der Kommunisten imstande ist, das kapitalistische Hungersystem zu beseitigen und im revolutionären Klassenkampf den Sozialismus zu verwirklichen.

Die Sozialdemokratie steht auf der anderen Seite der Barrikade! Sie ist auf Gedeih und Verderb mit dem verfaulenden Kapitalismus verbunden. Wir aber reichen den sozialdemokratischen Arbeitern die Bruderhand zum gemeinsamen Kampf gegen Hunger, Krieg und faschistische Diktatur, für den revolutionären Ausweg aus der Krise — für den Sozialismus!

Die „praktische Arbeit" der SPD für Sachsen

Sachsen, das Land der Mittel- und Kleinbetriebe, das Land der Fertigwarenindustrie, leidet unter den Folgen der tiefen kapitalistischen Krise noch stärker als andere Teile Deutschlands. **Zwei Fünftel der Einwohner Sachsens leben von öffentlichen Unterstützungen. Während im Reich Ende Oktober auf 1000 Einwohner 81,9 Erwerbslose gezählt wurden, schlägt hier Sachsen den Rekord mit 126,7 auf 1000. Dabei ist die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen mehr als doppelt so hoch wie im übrigen Deutschland. Die Industrie wird nur noch zu 32 Prozent ausgenützt.** Es ist klar, daß das eine Steigerung des Hungers der Arbeiter, ihrer Frauen und Kinder ins Ungemessene bedeutet.

Die Sozialdemokratie aber vertröstet die Arbeiterschaft auf parlamentarische „Aktionen". So schreibt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dobbert am 12. November 1932 in der „Dresdner Volkszeitung" einen Artikel, in dem er die angeblichen sozialen Errungenschaften für das hungerelend Sachsen und die „praktische Arbeit der SPD" anpreist. **Dabei enthüllt er, daß die „linke" sächsische SPD die stärkste Stütze der reaktionären Schied-Regierung in ihrer Hungerpolitik gegen die Werktätigen Sachsens ist.** Er sagt:

„Die sächsische Regierung tat ihr Möglichstes, bei den Reichsregierungen der letzten Jahre um Verständnis für die ungeheuerliche Notlage zu werben. Wer hat ihr bei diesem Tun die tatkräftigste Unterstützung geleistet? Wir Sozialdemokraten!"

Sie sprechen davon, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion im Landtag und durch Delegationen nach Berlin immer wieder auf die furchtbare Massennot in Sachsen hingewiesen habe. Sie verschweigen aber, **daß sie der Schied-Regierung durch ihre Unterstützung ermöglichten, daß den sächsischen Industriellen Millionen Subventionen in den Rachen geworfen wurden, daß es aber für die Arbeiter und Erwerbslosen nur neuen Unterstützungs- und Lohnraub gab. Und dann behauptet Dobbert, daß es nur der Sozialdemokratie zu danken sei, wenn wir zweimal durch den unendlich harten Winter mit fürchterlicher Arbeitslosigkeit durchgekommen seien.**

Wir können aber auch einige ganz

konkrete Beispiele der SPD-„Sozialfürsorge"

anführen. In Dresden waltet der sozialdemokratische Stadtrat und Wohlfahrtsdezernent Kirchhof seines Amtes. Ein alter Proletarier von 75 Jahren beantragt laufende Unterstützung. Man bewilligt ihm eine einmalige Unterstützung und er, der hilfs- und pflegebedürftig ist, soll jeden Monat einen neuen Antrag stellen, um zu seinen paar Bettelpfennigen zu kommen, wogegen er Einspruch erhebt. **Und da setzt sich das unter sozialdemokratischer Leitung stehende Fürsorgeamt ein und bewilligt dem 75jährigen Greis**

als „laufende Unterstützung" vier Brotverbilligungsscheine pro Monat im Werte von je 5 Pfennig (in Buchstaben: Fünf Pfennig).

Wir drucken dieses Dokument der SPD-„Sozialfürsorge" ab.

Brotverbilligungsschein 11110

Gegen Abgabe eines der nachfolgenden Scheine wird in der 33 bis 36. Woche 13. August bis 10. September 1932 —

Je ein 4-Pfund-Roggenbrot

der Gebr. Braune G. m. b. H. — Dresden —

5 Rpf unter dem festgesetzten Ladenpreis abgegeben. / Die Rabattgewährung wird dadurch nicht berührt. An der Verbilligung sind der Warenhäuser und der Wiederverkäufer je zur Hälfte beteiligt. / Mißbrauch, namentlich Aushändigung dieses Scheines an Nichtbezugsberechtigte, wird strafrechtlich verfolgt.

36. Woche 4. bis 10. September 1932	35. Woche 28. August bis 4. September 1932
Brotverbilligungsschein über ein 4-Pfd.-Roggenbrot Gebr. Braune G. m. b. H.	Brotverbilligungsschein über ein 4-Pfd.-Roggenbrot Gebr. Braune G. m. b. H.
34. Woche 22. bis 27. August 1932	33. Woche 14. bis 20. August 1932
Brotverbilligungsschein über ein 4-Pfd.-Roggenbrot Gebr. Braune G. m. b. H.	Brotverbilligungsschein über ein 4-Pfd.-Roggenbrot Gebr. Braune G. m. b. H.

Was hat die Sozialdemokratie aber in Wirklichkeit getan?

Wenn die hungernden Erwerbslosen für ihre Forderungen demonstrierten, wenn sie in außerparlamentarischen Massenaktionen die Sicherung ihrer Existenz erkämpfen wollten, dann waren es die sozialdemokratischen Bürgermeister und Polizeipräsidenten, die — wie Kleinner in Leipzig das drohende Male tat — die gummiknüppelnmalinete Polizei gegen die hungernden Erwerbslosen mobilisierten.

Der sozialfaschistische Abbau in der Krankenversicherung — und hier muß man betonen, daß die Sozialfaschisten in der Verwaltung ausschlaggebend sind — nimmt den proletarischen Kranken und in ihrer Gesundheit Gefährdeten jede Möglichkeit der Genesung. Die **„praktische Arbeit" der SPD drückt sich in der Tolerierung der Notverordnungen Brünings aus, die die Leistungen der Krankenkassen um 36 Prozent verringerten, die Krankenschein- und Rezeptgebühr einführten, so daß es für viele Arbeiter unmöglich ist, überhaupt noch den Arzt in Anspruch zu nehmen.**

Gewerkschaftsführer: „Kollege, ihr könnt doch nicht streiken, die 7 Millionen Arbeitslosen machen doch sofort Streikbrecher."

Arbeitsloser: „Wir Arbeitslosen unterstützen die Streikenden, die Streikbrecher seid ihr Gewerkschaftsbürokraten."

Kinderarbeit — Kinderelend in Sachsen!

Zahllos sind die Kinder der notleidenden Arbeiter, die gezwungen sind, ihre kleinen Hände in den Dienst des Broterwerbs zu stellen. In der Spielwarenindustrie des Erzgebirges schinden sich tausende Kinder für ein paar Schandpfennige. In den Textilgebieten machen sie Heimarbeit und helfen spulen und streifen. In Dresden, der Stadt der Hygiene, des Gesundheitsschutzes, wurde Anfang Mai 1932 in allen Volksschulen eine Erhebung über den Umfang der Kinderarbeit durchgeführt. Und hier **wo ein Sozialdemokrat Fürsorgedezernent ist, wo es einen sozialdemokratischen Bürgermeister Bührer gab** (der zur selben Zeit die Konsequenzen zog und zum Nationalsozialismus ging), **wurde festgestellt, daß**

1264 Kinder arbeiten, davon 360 nach den Bestimmungen des Kinderarbeitsgesetzes verbotswidrig.

Es ist nicht die wirkliche Zahl der Kinder, die arbeiten; diese Zahl ist viel höher, weil die Kinder aus Furcht, ihre Arbeit zu verlieren, nicht in allen Fällen ihre Beschäftigung angaben.

Der sozialdemokratische Betrug mit sozialen Reformen soll die Arbeiterklasse vom Kampf gegen den Kapitalismus abhalten

Die Arbeiterklasse gibt die Antwort und kämpft in der roten Einheitsfront gegen die sozialdemokratischen Betrüger

Soziale Reformen sind Nebenprodukte des revolutionären Klassenkampfes